# Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei
Rheder Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 247 | Mittwoch, den 9. September | 1925


# Sicherheitskonferenz unter Teilnahme der Ministerpräsidenten

## Die Einladung an Dr. Stresemann.

### Ministerialdirektor Dr. Gaus von London zurück.

**Berlin,** 8. Sept. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Ministerialdirektor Dr. Gaus ist von der Londoner Juristenbesprechung über den Sicherheitspakt wieder in Berlin eingetroffen. Er wird zunächst das Material, das sich aus den Besprechungen ergeben hat, aufarbeiten. Wann das Reichskabinett zu dem Ergebnisse der Besprechung Stellung nehmen wird, steht noch nicht fest. Anzunehmen ist aber, daß diese Besprechung noch vor der Abreise des Reichspräsidenten in das Ruhrgebiet, also vor dem 17. September, stattfinden wird. Man wird in der Vermutung nicht fehlgehen, daß diese vorsichtige Behandlung der an sich schwierigen Sicherheitsfrage mit zurückzuführen ist auf innerpolitische Gesichtspunkte. Dabei dürfte im Vordergrunde der Wunsch Stresemanns stehen, nicht allein, sondern in Begleitung des Reichskanzlers Dr. Luther und vor allem des Reichsinnenministers Schiele zu der Ministerbesprechung zu gehen. In Genf haben am Montag wichtige Verhandlungen der alliierten Außenminister stattgefunden, in denen die Sicherheitsfrage auf Grund des vorliegenden Berichtes der Juristensachverständigen der alliierten Länder besprochen wurde. Heute nachmittag haben sich die Minister Chamberlain, Painlevé und Briand zu dem in Aix-les-bains sich aufhaltenden englischen Ministerpräsidenten Baldwin begeben. Nach den vorliegenden Meldungen wird in Genf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß in dieser Besprechung der Wortlaut der Einladung an den deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, sowie das Datum und der Ort der Ministerbesprechung über den Sicherheitspakt festgesetzt werden sollen. Nach Genfer Meldungen hat das Ergebnis der Londoner Juristenkonferenz große Befriedigung hervorgerufen. Weniger zuversichtlich lautet allerdings eine Meldung aus London, die besagt, es sei noch keineswegs sicher, daß die Vorschläge der Juristenbesprechung der öffentlichen Meinung Deutschlands besonders annehmbar erscheinen. Vor allem aber könne ohne die Einigung in bezug auf die osteuropäischen Grenzfragen, die bisher nicht erzielt worden sei, ein Uebereinkommen auch hinsichtlich Westeuropas nicht zustande kommen. Das Kernproblem der Sicherheitsfrage sei also noch zu lösen.

### Die Beratungen in Aix-les-Bains.

tu. **Genf,** 8. Sept. (Tel.) Painlevé, Chamberlain und Briand begaben sich heute nachmittag nach Aix-les-Bains, um dem dort weilenden britischen Ministerpräsidenten Baldwin einen Besuch abzustatten. Bei dieser Gelegenheit wurden die Berichte der Londoner Sachverständigen einer genauen Prüfung unterzogen. Weiter wurde über die bevorstehende Zusammenkunft der alliierten Minister mit Dr. Stresemann, die Ende September stattfinden soll, Beschluß gefaßt. Sowohl in englischen als auch in französischen maßgebenden Kreisen war man nicht abgeneigt, der Zusammenkunft der Minister einen bedeutsameren Charakter durch die Teilnahme der Ministerpräsidenten zu geben. Diese Anregung, die ursprünglich von deutscher Seite ausging und durch die Absicht Mussolinis, an den Besprechungen teilzunehmen, neue Nahrung erhielt, war heute ebenfalls Gegenstand der Ministerbesprechung in Aix-les-Bains.

tu. **Paris,** 8. Sept. (Tel.) Der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß die alliierten Außenminister heute abend erneut zu einer wichtigen Besprechung zusammentreten werden. Vorher sollen die alliierten Juristen gehört werden. Ferner soll heute abend die Einladung an Stresemann abgesandt werden.

### Briand über die Sicherheitsverhandlungen.

tu. **Berlin,** 8. Sept. (Tel.) Die Morgenblätter geben eine Unterredung mit einem deutschen Pressevertreter wieder, in der Briand die bestimmte Erwartung äußerte, mit Dr. Stresemann Ende September zusammenzutreffen. Als den spätesten Termin betrachtet er Anfang Oktober. Briand erklärte dann weiter: Es liege jetzt an Deutschland, das entscheidende Wort zu sprechen. Briand werde auch auf dieser Konferenz seine ehrliche Friedenspolitik fortsetzen. Wörtlich äußerte der französische Außenminister dann: „Sagen Sie, daß ich meine Karten offen auf den Tisch legen werde, daß ich den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich will. Wir wollen offen das alles besprechen. Wir müssen eine endgültige Lösung für unsere Länder finden, oder wir gehen alle zugrunde. Wir sind Herrn Stresemann entgegengekommen, um ihm seine Politik zu erleichtern. Wenn er auf die Konferenz kommt, soll er wissen, daß er festen Boden unter den Füßen hat. Wir werden uns auch über die Frage der Abrüstung und der Räumung der besetzten Gebiete einigen, wenn der Sicherheitspakt abgeschlossen ist. Wenn wir auf der Konferenz auch Herrn Luther sehen, so wird das unserer Arbeit einen besonderen Impuls geben. Wirtschaftlich ist die deutschfranzösische Verständigung durchaus möglich, sie wird zum Teil schon eingeleitet. Auf politischem Gebiete wird sie schwieriger, aber doch möglich sein.

### Chamberlains Optimismus.

tu. **Genf,** 8. Sept. (Tel.) Auf einem Festessen der Presse zu Ehren Painlevés, Chamberlains und Vanderveldes äußerte sich der britische Minister des Aeußeren sehr optimistisch über den Erfolg der Londoner Beratungen der Sachverständigen. Es sei seit den Londoner Verhandlungen ein größerer Fortschritt erzielt worden als Chamberlain jemals erwartet hätte; aber es sei töricht, zu glauben, daß nun bereits alles erreicht sei. Die Außenminister würden in ihrer Zusammenkunft, die nicht fern von Genf stattfinden würde, noch manche Schwierigkeit zu überwinden haben. Zum Schluß erklärte Chamberlain, er sehe voller Hoffnung in die Zukunft und erwarte bestimmt, daß im nächsten Jahre sich auch jener Staat, der dem Völkerbund noch fern stehe, in Genf an den allgemeinen Beratungen über den Frieden beteiligen werde.

w **Genf,** 8. Sept. (Tel.) Am Montag abend ist Fromageot mit Rollin in Genf eingetroffen. Damit sind die Alliierten Rechtssachverständigen der Londoner Juristenkonferenz vollzählig in Genf anwesend.

### Konferenz der Kleinen Entente.

w. **Genf,** 8. Sept. (Drahtb.) In einer Besprechung der Außenminister der Kleinen Entente, Benesch, Nintschitsch und Duca wurde, wie die schweizerische Depeschenagentur meldet, vor allem die Frage des Ostpaktes erörtert. Die Minister stellten fest, daß in dieser Angelegenheit zwischen den Ländern volle Einigkeit herrsche. Nach der Konferenz begaben sich Nintschitsch und der Führer der kroatischen Bauernpartei, Raditsch, nach Evian, um Paditsch aufzusuchen, der dort seit einiger Zeit weilt.

---

### Die Vizepräsidenten der Völkerbundstagung.

tu. **Genf,** 8. Sept. (Tel.) Die sechsköpfige Kommission des Völkerbundes trat heute vormittag zusammen, um sich zu konstituieren. Jeder Staat ist nach Möglichkeit in einer Kommission durch einen Delegierten vertreten. Die Kommissionen wählten als Vorsitzende für die erste Kommission (die juristische Kommission) Seialoja (Italien), für die zweite (die Kommission für technische Fragen) van Eysinga (Holland), für die dritte (die Abrüstungskommission) Nintschitsch (Jugoslawien), für die vierte (die Budget-Kommission) Costa (Portugal), für die fünfte (die Kommission für soziale Fragen) Mowinkel (Norwegen), für die sechste (die politische Kommission) Guerrero (San Salvador).

Diese sechs Vorsitzenden der Kommissionen gelten gleichzeitig als Vizepräsidenten der Völkerbundsversammlung. Außerdem wählte die heutige Vollversammlung noch weitere sechs Vizepräsidenten, und zwar Graf Ishii (Japan), Chamberlain (England), Briand (Frankreich), Duca (Rumänien), Cemita (Venezuela) und Prinz Arfa (Persien). Da die hiermit gewählten Vizepräsidenten keinerlei Pflichten und Aufgaben haben, ist ihre Wahl lediglich als eine Ehrung des Staates anzusehen, dem sie angehören.

Die Vollversammlung wird am Mittwoch, elf Uhr, mit ihren Arbeiten beginnen. Zur Diskussion steht der Bericht des Generalsekretariats über die Arbeiten des Völkerbundes im Verlaufe des letzten Arbeitsjahres. Wie man annimmt, wird die Diskussion über den Bericht bis Ende der Woche andauern.

### Die Aufhebung der Finanzkontrolle über Oesterreich.

tu. **Wien,** 7. Sept. (Tel.) Aus Genf wird gemeldet: Das Finanzkomitee hat beschlossen, dem Oesterreich-Komitee und dem Völkerbundsrat folgenden Vorschlag zu machen: Die Aufhebung der Kontrolle über Oesterreich erfolgt nach Genehmigung des Budgets für 1926. Generalkommissar Dr. Zimmermann beendet seine Tätigkeit am 31. Dezember 1925. Ueber die Modalitäten einer wesentlich erleichterten Kontrolle vom 1. Januar 1926 an wird noch weiter beraten.

## Von Offenburg zum Reichsparteitag.

Die Leitung der Deutschen Zentrumspartei hat den verschiedentlich geäußerten Wünschen nach Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zur Besprechung des Falles Wirth kein Gehör geschenkt. Sie hat sich dabei sicherlich nicht nur von der Erwägung, daß sowieso in diesem Herbste der alljährliche Parteitag fällig ist, sondern auch wohl von dem verständigen Gedanken leiten lassen, daß eine gewisse zeitliche Distanz von dem weiteste Kreise der Partei aufrüttelnden Ereignisse, das der Austritt Dr. Wirths aus der Reichstagsfraktion darstellt, für die Gewähr einer leidenschaftslosen und dem Parteiganzen dienlichen Aussprache nützlich sei. Und auch der Umstand, daß Dr. Wirth selbst erst zu Anfang November von Amerika zurückkehren wird, war für die Terminsetzung dieser Aussprache zu berücksichtigen. So ist denn der auf Mitte November festgesetzte Zeitpunkt für den Parteitag, der wahrscheinlich in Fulda oder Frankfurt, jedenfalls in Mitteldeutschland stattfinden wird, als zweckentsprechender Termin anzuerkennen.

Inzwischen hat die Tagung in Offenburg in verschiedener Richtung Klarheit gebracht. Man hat erstens die Gründe kennen gelernt, die für Dr. Wirths Vorgehen maßgebend gewesen sind. Er nannte als solche das Fehlen einer Sozialpolitik, wie er sie verstehe, die Gefährdung des republikanischen Gedankens durch die gegenwärtige Politik und mangelnde Klarheit und Offenheit in der Außenpolitik der jetzigen Regierung. Demgegenüber betonte der Parteivorsitzende Dr. Marx, daß die Aenderung in der Zusammensetzung der Reichsregierung nicht die befürchteten Folgen in der Außenpolitik gehabt hätte, man müsse zugeben, daß die Außenpolitik zielsicherer gestaltet worden sei, denn seit der Aenderung in der Zusammensetzung der Reichsregierung sei eigentlich niemand mehr da, der diese Außenpolitik bekämpfe. Ebenso müsse man zugestehen, daß die Reichspräsidentenwahl nicht die Wirkung in der Außenpolitik gehabt habe, die man befürchtet habe. Die Verfassung des republikanischen Staates habe durch die Wahl Hindenburgs zweifellos eine Stärkung erhalten. Hindenburg habe den Eid auf die Verfassung geleistet, und er sei der Mann, von dem man sagen könne, daß er ihn halten werde. Hindenburg habe auch die Reichswehr fest in der Hand; die Putschgefahr sei unter Hindenburg nahezu ausgeschaltet. Die Republik stehe heute fester als je. Das Zentrum werde argwohnisch darüber wachen, daß der Weimarer Verfassung keine Gefahr drohe, und das Zentrum werde dies auch tun, obwohl es mit den Parteien der Rechten gewisse Bindungen eingegangen sei. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so sei der Gedanke der Wiederaufrichtung der Monarchie im Reich absolut verschwunden, aber eine andere Gefahr sei vorhanden, es scheine, daß in den monarchisch gerichteten Kreisen der Gedanke aufgetaucht sei, daß man besser zum Ziel komme, wenn man für die Monarchie nicht mehr Stimmung mache, sondern unter dem Vorwand einer Revision der Verfassung den demokratischen Gedanken unserer Republik beseitige. Was die Zentrumsfraktion bisher getan habe, sei seines Erachtens richtig gewesen. Wenn von einer Schuld gesprochen werden könne, dann liege diese Schuld beim deutschen Volke. Solange das deutsche Volk die deutschnationale Partei in solcher Stärke wähle, sei ihm nicht zu helfen. Wenn das deutsche Volk dem Reichstag ein anderes Gesicht gebe, dann könne die Zentrumsfraktion eine festere Koalition mit anderen Parteien eingehen. Die Zentrumsfraktion habe das Kabinett Luther unterstützen müssen, und habe sich nicht zurückziehen können, weil man einfach zur Ruhe kommen mußte. Er trete dafür ein, daß man in dem bisherigen Zustand der losen Bindung an dem Kabinett Luther bleibe und keinen Schritt weiter gehe.

Trat Dr. Marx so schon den Vorwürfen Dr. Wirths gegen die Fraktion entgegen, so tat der dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehende Abg. Dr. Brüning ein übriges, indem er die Sozialpolitik der Fraktion verteidigte. Er wies die Versammlung auf die sozialpolitischen Vorteile in der neuen Steuergesetzgebung hin und verglich die Summen, die der heutige Reichsetat für sozialpolitische Zwecke vorsehe, mit den Vorkriegssummen. Dieses sehr wesentliche Ergebnis der letzten Reichstagsverhandlungen wird in der Tat in der Oeffentlichkeit noch recht wenig gewertet. Ein Wunder ist diese Nichtbeachtung freilich nicht angesichts der anhaltenden Preissteigerungen, die in den letzten Monaten insbesondere die Gehalts- und Lohnempfänger immer stärker bedrücken. Leider ist es ja unbestreitbare Tatsache, daß das, was weniger an Steuern zu zahlen ist, für den notwendigen Lebensbedarf wieder draufgeht oder sogar für die Zahlung der höheren Preise noch bei weitem nicht ausreicht. Und es ist wohl verständlich, wenn deshalb die Aktion Dr. Wirths, der als ein sehr sozial empfindender Mann bekannt ist, in Arbeitnehmerkreisen unserer Partei mit stärkster Sympathie begrüßt worden ist. Damit ist aber noch keineswegs ein Vorwurf gegen die Zentrumsfraktion des Reichstages begründet, daß sie in sozialpolitischer Beziehung dem Programm der Partei untreu geworden wäre oder sich von dem „alten Zentrums-

geht", den Dr. Wirth in seinem „Germania"-Interview wiederholt zitiert, abgewandt habe. Wir glauben, daß die Fraktion die Kritik des Parteitages, was diese Seite des Falles Wirth anlangt, nicht zu fürchten braucht. Und wenn Dr. Wirth in seiner Rede auf dem badischen Parteitag forderte, das Zentrum müsse seine Hände schützend über das arbeitende Volk in Stadt und Land halten, für den gerechten Lohn des Arbeiters eintreten und für die gerechte Bezahlung der unteren und mittleren Beamten sorgen, so sind das Forderungen, die im Zentrum stets beachtet worden sind und die Berücksichtigung finden werden, solange es eine Zentrumspartei geben wird.

Im Hinblick auf den Reichsparteitag, dem die Aussprache in Offenburg in nützlicher Weise vorgearbeitet hat, gilt es nun in den Parteiorganisationen gründlich zu prüfen, ob und inwiefern die Reichstagsfraktion und ihre Führung den Anschauungen der Zentrumswählerschaft zuwidergehandelt hat. Es gilt zu prüfen und zu überlegen, nach welcher Richtung hin Aenderungen in der parlamentarischen Arbeit eintreten müssen, und auch das Parteiprogramm wird man sich vornehmen müssen, um festzustellen, ob es so bleiben soll oder ob Aenderungsanträge geboten erscheinen. Alles das hängt mit dem Falle Wirth mehr oder weniger zusammen. Auch an dem Wahlrecht, auf das wir schon seit Jahr und Tag als Quelle unserer parteipolitischen Mißstände hinweisen, gehe man in den Zentrumsorganisationen nicht vorüber. Der Parteitag ist der Ort, wo diese Frage in Fluß gebracht, wo an die Reichstagsfraktion das Verlangen gestellt werden kann, durch einen Initiativantrag kleinere Wahlkreise und vor allem die Abschaffung der Listenwahl, die der Korruption und Protektion Tür und Tor offen hält und gesunde parlamentarische Mehrheitsverhältnisse durch Begünstigung der Zwergparteien verhindert, mit allen Kräften zu erstreben.

Bereiten so Kreis- und Provinzialausschußtagungen nicht durch pflaumenweiche Salbaderei, wohl aber durch gründliche Prüfung und ernste Ueberlegung alles dessen, was für das Vaterland, das Volk und die Partei nützlich ist, den Reichsparteitag vor, geleitet von dem Bestreben, das Zentrum als die für das deutsche Volk notwendige Mittel- und Ausgleichspartei zu erhalten, dann zweifeln wir nicht daran, daß diese große Tagung das Ergebnis haben wird, das jedes Parteimitglied wünschen muß: eine Kräftigung und Konsolidierung im Sinne der altbewährten Zentrumsidee.

Msr.

## Arbeiterzentrumswähler-Kundgebung zum Fall Wirth.

✕ **Borken**, 8. Sept. Am vergangenen Sonntag tagte im Arbeiter-Vereinshaus in Borken die politische Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Zentrumswähler des Bezirksverbandes Bocholt der katholischen Arbeiter-Vereine. Der Einladung der Bezirksleitung folgend, waren Vertreter aus fast allen Orten der drei Kreise Borken, Ahaus und Coesfeld, soweit sie dem Bezirksverbande angehören, erschienen. Die Tagung hatte den Zweck, angesichts der durch das Vorgehen des Reichskanzlers a. D. Dr. Wirth geschaffenen Lage, Richtlinien aufzustellen und Klarheit zu schaffen über die bestehenden Unstimmigkeiten, wie auch die Stellung der Arbeiter-Zentrumswähler hierzu. An zweiter Stelle wurden die bevorstehenden Wahlen besprochen und die Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf die Provinzial- wie auch die Kreistagswahlen festgelegt, ebenso auch die Art und Weise des Vorgehens. Nach einem vom Arbeitersekretär Jakob-Bocholt gehaltenen Vortrag über die politische Lage, unter besonderer Berücksichtigung der Vorkommnisse innerhalb der Zentrumsfraktion, hervorgerufen durch das Ausscheiden des Abgeordneten Dr. Wirth, und einem Referat desselben Redners über die bevorstehenden Wahlen, fand die Stimmung der Arbeiterzentrumswähler in folgender Resolution ihren Niederschlag:

„Unter vollster Würdigung der geleisteten Arbeit der Zentrumspartei bezw. der Fraktion auf dem Gebiete der Sozial- und Steuergesetzgebung, ist die Versammlung der Ansicht, daß die Belange der breiten Masse der Bevölkerung bei der Verabschiedung der Zollgesetzgebung, gegenüber anderen Ständen, nicht genügende Berücksichtigung erfahren haben. Die Anwesenden haben daher, besonders auch angesichts der Haltung der Fraktion, volles Verständnis für die Beweggründe, die den Abgeordneten Dr. Wirth zu seinem Schritt Veranlassung gaben. Angesichts der drückenden Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger wird dem Schritt des Herrn Dr. Wirth in Zentrumsarbeiterkreisen erhöhte Sympathie entgegengebracht. Die Arbeiter-Zentrumswähler erwarten daher, sowohl von der Fraktion wie auch der Partei, daß dieser Mahnruf genügend respektiert und beachtet wird. Es wird erwartet, daß die Belange der Arbeitnehmerschaft seitens der Gesamt- wie auch der örtlichen Parteiinstanzen bezw. -Fraktionen, in all ihren Handlungen mehr wie bisher berücksichtigt werden. Im Interesse der Erhaltung der Zentrumspartei, die die beste Hüterin unserer christlichen Grundsätze ist und die das Bestreben hat, für einen gerechten sozialen Ausgleich zu wirken, gibt sich die Versammlung der Hoffnung hin, daß recht bald durch eine ausgiebige Klärung der Gesamtverhältnisse eine Verständigung zwischen der Fraktion und Herrn Dr. Wirth herbeigeführt und die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei wiederhergestellt wird. — Angesichts der bevorstehenden Wahlen erwarten wir, daß den berechtigten Wünschen der Arbeiterzentrumswähler in bezug auf Aufstellung der Kandidaten zum Provinziallandtag und Kreistagen Rechnung getragen wird."

## Lohnkämpfe.

### Eisenbahnbeamte und -arbeiter gehen getrennt vor.

Ⓑ **Berlin**, 8. Sept. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Bei den neuen Schlichtungsverhandlungen in dem Lohnstreit bei der Reichsbahn, die voraussichtlich am Mittwoch beginnen, werden die Eisenbahnbeamten, wie mitgeteilt, ihre Wünsche nach Gehaltserhöhung mit den Lohnforderungen der Arbeiter nicht verbinden, wollen vielmehr abwarten, welche Erhöhung die Arbeiter in dem Schlichtungsverfahren durchsetzen und dann ihrerseits selbständig Verhandlungen mit der Reichsbahnverwaltung aufnehmen.

### Die Arbeitgeber gegen die Lohnforderungen im rheinischen Braunkohlenrevier.

tu. **Köln**, 8. Sept. (Tel.) Auf den Antrag einer Lohnerhöhung um 35 v. H. der beiden Bergarbeiterverbände antwortete der Arbeitgeberverband im rheinischen Braunkohlenrevier u. a., er lehne es ab, über eine Forderung von 35 v. H. zu verhandeln und müsse unter diesen Umständen davon Abstand nehmen, einen Termin für die Verhandlungen anzuberaumen, deren ergebnisloser Verlauf von vorneherein feststehe.

### Streikbeschluß im Eisengroßhandel.

w. **Berlin**, 8. Sept. (Drahtb.) Die Arbeiter des Eisengroßhandels, die in einer Lohnbewegung stehen, beschlossen, da sie den Schiedsspruch des von ihnen angerufenen Schlichtungsausschusses für ungenügend ansehen, am Mittwoch früh in den Streik zu treten, falls ihnen nicht bis heute abend ein annehmbares Angebot vorgelegt werde.

# Severing über die preußische Verwaltungsreform.

tu. **Berlin**, 8. Sept. (Tel.) Im Landtagsausschuß für Städteordnung, der sich heute mit den früheren Beschlüssen des Ausschusses auf Grund eines Zentrumsantrages zu beschäftigen hatte, legte zu Beginn der Beratungen der preußische Innenminister Severing eine Denkschrift über die geplante Verwaltungsreform vor. Es wird darin erklärt, daß im Verhältnis vom Reich zu den Ländern, um Doppelarbeit zu vermeiden, eine klare Entscheidung der Zuständigkeit erreicht werden müsse. Die schleunige Durchführung des Programms, wonach die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei den Ländern übertragen werden, sei mit allen Kräften anzustreben. Ferner müsse eine ausreichende Finanzierung der Selbstverwaltungskörper angestrebt werden, die für eine Dezentralisation des wirklich leistungsfähigen Selbstverwaltungskörpers Voraussetzung sei. In der Organisation der Staatsverwaltung soll grundsätzlich die Entscheidung in die lokalen Instanzen verlegt werden. Der Staat habe sich den Einfluß auf die Besetzung der Stellen der Kreisinstanzen zu sichern. Dadurch werde vermieden, daß sich die Tätigkeit der Kreisinstanzen in Lokalpolitik erschöpfe. Die staatlichen Verwaltungszweige der Provinz mit Ausnahme der Justiz- und Bergverwaltung seien unter einem Oberpräsidenten zusammenzufassen. Neben den Oberpräsidenten trete ein Oberverwaltungsgericht, an das sich die Disziplinarkammer angliedere. Die besonderen Beschlußbehörden würden abgeschafft und die Provinzregierungen abgebaut werden. In der Zentralinstanz würde nach Durchführung aller beabsichtigten Maßnahmen innerhalb Preußens auch eine Verringerung der Mitgliederzahl des Landtages und des Staatsrates geplant. Das ganze Reformwerk aber müsse bestehen aus einer Stadt- und Landgemeindeordnung, einer Kreisordnung, einer Provinzialordnung, einem Landesverwaltungsgesetz, einer Verwaltungsgerichtsordnung, einem Schulerhaltungsgesetz, einer Strafdienstordnung, einem Finanzausgleichgesetz, einem Mantelgesetz und einem Gesetz über die Herabsetzung der Zahl der Landtagsabgeordneten und Staatsratsmitglieder.

An die Verlesung der Denkschrift durch den Minister schloß sich eine längere Aussprache, die sich in großen Zügen mit der Denkschrift beschäftigte, im besonderen sich aber auf die Frage bezog, ob mit Rücksicht auf die von der Regierung nunmehr sicher in Aussicht gestellte große Verwaltungsreform eine weitere Beratung der Initiativanträge des Zentrums über die Stadt- und Landgemeindeordnung im 21er-Ausschuß erfolgen soll. Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für die Weiterberatung. (Vergl. den Artikel von Prof. Kahle in der Beilage.)

## Keine Notstandsaktion für die Beamten.

Ⓑ **Berlin**, 8. Sept. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Eine Notstandsaktion für die mittleren und unteren Beamten sollte nach Blättermeldungen Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Preußischen Finanzministerium sein. Von unterrichteter Seite wird dazu jedoch erklärt, daß diese Moldungen nicht den Tatsachen entsprechen. Beide Ministerien haben bisher nicht erwogen, eine Beihilfe zur Beschaffung von Wintervorräten zu gewähren.

## Rückkehr des Reichspräsidenten aus Bayern.

w. **München**, 8. Sept. (Tel.) Der Reichspräsident von Hindenburg traf heute vormittag 10,25 Uhr von Dietramszell kommend in München ein. Zur Fahrt ab Holzkirchen war ein Sonderzug mit Salonwagen bereitgestellt worden. Von einem offiziellen Empfang in München war auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten abgesehen worden. Am Bahnhof hatten sich u. a. der Vertreter der Reichsregierung in München, Gesandter v. Haniel und der Präsident der Reichsbahndirektion München, v. Völcker eingefunden. Mit dem fahrplanmäßigen D-Zug 10.45 Uhr vormittags, an den der Salonwagen angehängt wurde, verließ der Reichspräsident München, um sich über Ingolstadt nach Berlin zu begeben.

## Der Stand der Handelsvertragsverhandlungen.

tu. **Berlin**, 8. Sept. (Tel.) Am 15. September werden die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, von deutscher Seite unter Führung Trendelenburgs, wieder aufgenommen. Eine der Hauptschwierigkeiten wird hierbei die französische Zolltarifnovelle bilden. Wenn die Novelle rechtzeitig von den Parlamenten verabschiedet werden wird, wird ein Definitivum möglich sein, im anderen Falle wird man sich mit einem Provisorium begnügen müssen.

Gegenüber den deutsch-russischen Verhandlungen ist ein großer Optimismus nicht am Platze. Während vor acht Tagen die Verhandlungen so standen, daß die deutsche Delegation im Begriff war, abzureisen, sind die Verhandlungen zwar wieder in Fluß gekommen; eine endgültige Antwort steht aber noch aus. Die Verhandlungen erlitten eine Unterbrechung dadurch, daß beide Delegationen unter Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau und Stomomiakoff in Leningrad zur Jubiläumsfeier der Akademie weilten.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen nehmen ihren ruhigen Fortgang. Da am 1. Oktober der neue deutsche Zolltarif in Kraft tritt, scheint Italien einen Druck auf Deutschland ausüben zu wollen, um noch frühzeitig die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

## Der mißglückte Landungsversuch bei Alhucemas.

tu. **Paris**, 8. Sept. (Tel.) Die Morgenblätter bringen Einzelheiten über den mißglückten Landungsversuch bei Alhucemas. Französische und spanische Schiffe hielten von Sonntag abend ab die Küste beständig unter Feuer und, nachdem man die Riffstellungen für genügend erschüttert hielt, schritt man gestern zur Landung. Es zeigte sich jedoch sofort, daß die Artillerie der Rifleute nicht zerstört war. Ein Torpedoboot lief auf eine Mine in der Bucht von Alhucemas und mußte schwer beschädigt von einem Linienschiff abgeschleppt werden. Auch das spanische Schlachtschiff „Alfons XIII. hatte durch Artilleriefeuer schweren Schaden erlitten. Primo de Rivera, der sich an Bord dieses Schiffes befand, mußte sein Hauptquartier auf einen andern Kreuzer verlegen. Das spanisch-französische Oberkommando gibt bekannt, daß am Dienstag nach gründlicher Artillerievorbereitung noch einmal ein Landungsversuch unternommen werden soll. Abd el Krim setzte seine Angriffe, vor allem an der spanischen Westfront, energisch fort. Nach den letzten Meldungen aus Tetuan erwartet man heftige Angriffe der Rifleute gegen die Stadt, die gestern während des ganzen Tages von schweren Geschützen Abd el Krims beschossen wurde. Die Artillerie der Rifleute steht in Höhlen, so daß sie von den Fliegern nicht gefunden und unschädlich gemacht werden kann. Das Artilleriefeuer hat in der Stadt viele Menschenleben gefordert. Aus Fez wird noch gemeldet, daß gestern unter dem Vorsitz des Marschalls Petain ein großer Kriegsrat abgehalten wurde, in dem die durch den Angriff Abd el Krims geschaffene Lage eingehend erörtert wurde. Ein Flugzeuggeschwader von 16 Flugzeugen hat gestern die Rifhauptstadt Adjir beschossen. Insgesamt wurden 192 Bomben abgeworfen.

w. **Madrid**, 8. Sept. (Drahtb.) Wie amtlich bekanntgegeben wird, sind heute mittag spanische Truppen in der Bucht von Alhucemas gelandet.

tu. **Paris**, 8. Sept. (Tel.) Wie amtlich gemeldet wird, machten die Spanier nach dem gestrigen Bombardement von Ajdir heute neue Landungsversuche. Aus Spanien sind neue Verstärkungen von 40000 Mann nach Marokko unterwegs.

## Von Nah und Fern.

### Den eigenen Mann erdrosselt.

w. **Berlin**, 8. Sept. (Drahtb.) Der 41jährige, seit längerer Zeit arbeitslose Tischler Bretzel wurde heute früh im Verlauf einer in Tätlichkeiten ausartenden Auseinandersetzung von seiner Frau erdrosselt. Die Frau gab bei der Polizei an, ihr betrunkener Mann habe sie mit einem Schlächtermesser bedroht. In dem sich entspinnenden Ringkampf habe sie ihrem zu Boden gefallenen Mann eine Schnur um den Hals geschlungen, um ihn kampfunfähig zu machen. Die Absicht, den Mann zu töten, bestreitet die Frau.

### Wieder ein Dachstuhlbrand in Berlin.

tu. **Berlin**, 8. Sept. (Tel.) Im Eckhause Bernauer Straße 5 brach heute morgen kurz vor 5 Uhr Feuer aus. Der ganze Dachstuhl ist ein Opfer der Flammen geworden. Die Ursache des Brandes ist auch hier wieder auf Brandstiftung zurückzuführen.

### Reichstagsabgeordneter Helling gestorben.

tu. **Osnabrück**, 8. Sept. (Tel.) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Helling, der bei den letzten Wahlen im Wahlkreis Weser-Ems gewählt wurde, ist in Davos gestorben.

### Weitere Ausdehnung der Typhusepidemie in Langenbielau.

tu. **Berlin**, 8. Sept. (Tel.) Wie das „B. T." meldet, nimmt die Typhusepidemie in Langenbielau immer größeren Umfang an. In der letzten Woche wurden 100 Erkrankungen festgestellt. Im Durchschnitt sind bis jetzt 10 Prozent aller Erkrankten der Seuche erlegen.

### Raubüberfall auf eine Sängerin.

✢ **Travemünde**, 8. Sept. (Tel.) Auf die hier zur Zeit mit ihrer Mutter weilende italienische Sopranistin Dulolina Giannini, die der Metropolitanoper in Newyork angehört, wurde ein Raubüberfall versucht. Die beiden Damen wurden gegen Morgen durch ein Geräusch an der Balkontüre geweckt und bemerkten einen Eindringling, der sich ins Zimmer schwang und unter Vorhaltung eines Revolvers die Schmucksachen und Geld forderte. Durch das Geräusch waren noch andere Hausbewohner aufmerksam geworden, so daß der Ueberfall verhindert werden konnte.

### Blutiger Ausgang eines Familienzwistes.

✕ **Danzig**, 8. Sept. Eine furchtbare Familientragödie hat sich in der Manziger Vorstadt Petershagen abgespielt. Der 60jährige Kutscher Weiß geriet in angetrunkenem Zustande mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern in Streit. Aufs äußerste erregt zog Weiß ein Messer und stach blindlings auf seine Angehörigen ein. Die Mutter und eine Tochter wurden dabei leicht verletzt, während die Verletzungen der anderen, 20jährigen, Tochter so schwer waren, daß sie ohnmächtig die Treppe hinunterstürzte und bald darauf starb. Nach der Tat entfernte Weiß sich kaltblütig, wurde aber später von der Polizei ergriffen.

### Aufsehen erregender Doppelmord.

✕ **Newyork**, 8. Sept. (Tel.) Ein Mord, der an die Tat der beiden Millionärssöhne Leopold und Loeb in Chicago erinnert, hält die Bevölkerung des Städtchens Little Falls im benachbarten Staat New Yersey in großer Aufregung. Harison Noel, der 18 Jahre alte Sohn eines bekannten und wohlhabenden Newyorker Rechtsanwalts, hat die sechsjährige Mary Daly aus einem Garten entführt und getötet. Der jugendliche Verbrecher hat den Mord unumwunden eingestanden und im Verhör erklärt, daß er auch der Mörder eines seit einigen Tagen spurlos verschwundenen schwarzen Droschkenchauffeurs sei, der ihn aus Newyork nach Little Falls gebracht hätte. Nach der darauf erfolgten Entführung der kleinen Mary hatte der Mörder von deren Eltern telephonisch ein Lösegeld von 4000 Dollar verlangt. Noel behauptete bei seiner Vernehmung, die Morde unter dem Einfluß von Domentia präcox (frühreifem Blödsinn) ausgeführt zu haben. Die Wache im Polizeigefängnis, in dem er vorübergehend untergebracht ist, mußte verstärkt werden, um den Mörder vor der erregten Menge zu schützen, die zu Tausenden das Gerichtsgebäude umlagert und ihn zu lynchen droht.

### Explosion auf dem amerikanischen Zerstörer „Noah".

w. **Paris**, 8. Sept. (Tel.) Nach einer im „Echo de Paris" veröffentlichten Agenturmeldung aus Peking hat sich gestern nachmittag an Bord des im Hafen von Schanghai liegenden amerikanischen Zerstörers „Noah" eine Explosion ereignet, bei der vier Matrosen getötet und drei weitere schwer verletzt wurden.

### 250 Häuser und 36 Schiffe zerstört.

tu. **Berlin**, 8. Sept. (Tel.) Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Tokio: Ein furchtbarer Sturm, der seit einigen Tagen an der Küste Koreas wütet, zerstörte in Kyushu 250 Häuser, 36 Schiffe sanken. Eine große Anzahl von Fischerbooten wurde vernichtet. Viele Menschen kamen ums Leben. Durch den Sturm wurden zwei Eisenbahnzüge zum Entgleisen gebracht, wobei die Maschinenführer den Tod fanden. In der Nähe von Fusan wurden durch eine Sturmflut 40 Häuser fortgerissen.

Verantwortlich für Politik und Handel: Chefredakteur Dr. Karl Meyer, für Feuilleton und Westdeutschland, Peter Werland, für den Nachrichtendienst, Sport und den übrigen allgemeinen Teil: Dr. Adolf Thiele, für die Beilage „Welt und Gestalt" Friedrich Muckermann S. J., für die landwirtschaftliche Beilage „Scholle und Heimat" Oekonomierat Dr. Franz Steinriede, sämtlich in Münster. Berliner Redaktion: Dr. Franz Fortmann, Berlin. Verantwortlich für den Inseraten- und Reklameteil: F. Auel, in Münster. Druck: „Zeitungsverlegerverband Nordwestdeutschland (Zeno) G.m.b.H." in Münster. Fernsprechanschlüsse: Münster 457, 2195 und 2196. — Für die Aufnahme von Inseraten in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird keine Gewähr übernommen. — Satzfehler berechtigen nicht zu Schadenersatzforderungen. — Inseraten beigefügte Notizen für den Textteil werden — — nur gegen Bezahlung unter „Geschäftliche Mitteilungen" aufgenommen. — .